

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 13.09.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Ralf Wurzbacher
16.09.2017

Kapitallobby macht Schule

*In Baden-Württemberg wird neuerdings flächendeckend das Fach »Wirtschaft«
unterrichtet. Kritiker bemängeln ökonomische Halbbildung*



»Selbstökonomisierung der Lernenden«: Schüler einer zehnten Klasse des Theodor-Heuss-Gymnasiums in Pforzheim

Foto: Uli Deck/dpa

Warum existiert eigentlich weder das Schulfach »Nachhaltigkeit«, noch »Medienkunde« oder »Frieden«? Weil es dafür keine Lobby gibt. Das erklärt umgekehrt, weshalb in

Baden-Württemberg neuerdings »Wirtschaft« unterrichtet wird. Jahrelang haben Industrie- und Handwerksverbände sowie Vertreter von Banken und Versicherungen darauf hingearbeitet, dass ihre Sicht der Dinge auf dem Lehrplan der Schulen landet – und jetzt endlich ist es soweit. Zum am vergangenen Montag gestarteten neuen Schuljahr wurde im Ländle an den allgemeinbildenden Schulen flächendeckend das Fach »Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung« (WBS) eingeführt. Was Politik und Unternehmertum freut, stößt bei Sozialwissenschaftlern und Gewerkschaften auf Kritik. Sie fürchten eine »Selbstökonomisierung der Lernenden«.

Den Anfang machen zunächst die Haupt-, Werkreal-, Real- und die Gemeinschaftsschulen. Die Gymnasien sollen ein Jahr später nachfolgen. Laut zugehörigem Bildungsplan geht es bei dem neuen Fach unter anderem um die Rolle der Bürger als Konsumenten, Geldanleger oder Kredit- und Versicherungsnehmer. Ferner entnimmt man dem Leitfaden: »Wettbewerb dient dem Gemeinwohl«, »Ungleichheit induziert Leistungsstreben, Fortschritt und Wohlstand« und »Jeder ist sein eigener Unternehmer«. Was längst nicht jeder gutheißen wird, soll Schülern künftig als allgemeinverbindliche »Wahrheit« eingetrichtert werden. Nach Meinung von Tim Engartner, Sozialwissenschaftler an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, befördern die Vorgaben »unterkomplexe Problemwahrnehmungen, einseitige Weltbilder und begrenzten Gestaltungswillen« (siehe Interview). Nicht Aufklärung sei das Ziel, sondern Erziehung zwecks »Steigerung des Humankapitals«.

Maßgebliche Vorarbeit für das neue Schulfach hat die Vorgängerregierung aus Grünen und SPD geleistet. Dabei hat sich insbesondere Ex-Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) um die Sache der Industrie verdient gemacht. Die argumentiert seit langem, im Unterricht und in Schulbüchern würden wirtschaftliche Themen nur am Rande in anderen Fächern und dazu überwiegend negativ konnotiert behandelt. Dem könne nur durch die Etablierung eines eigenständigen Fachs »Wirtschaft« begegnet werden. Gegner sehen darin das Bestreben, die Sphäre Wirtschaft aus ihrem gesellschaftlichen Kontext herauszubrechen und auf rein betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalkulationen zu verengen. So könne es geschehen, dass die vielfältigen ökologischen, sozialen Gefahren – und die für den Frieden – ausgeblendet werden, die die kapitalistische Wachstumsökonomie heraufbeschwört.

Reinhold Hedtke, Didaktikprofessor an der Universität Bielefeld, hatte schon vor zwei Jahren in einem Beitrag für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den »Werdegang« des neuen Schulfachs nachgezeichnet. Richtschnur war demnach ein

Auftragsgutachten des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft, dem praktisch alle namhaften Unternehmerverbände angehören. »Arbeitnehmerbildung« habe darin keine Rolle gespielt, befand der Soziologe. Stattdessen erkannte er ein »funktionalistisch und utilitaristisch verkürztes Verständnis von Bildung«, mit dem der »Autonomieanspruch der Wirtschaft gegenüber demokratisch legitimer Politik« legitimiert werde. So werde die »Entpolitisierung der Wirtschaft zum Bildungsprogramm« gemacht, zog Hedtke Bilanz.

Das von Susanne Eisenmann (CDU) geführte Kultusministerium rühmt sich dagegen mit einem Angebot »ganz im Sinne einer ökonomischen Allgemeinbildung«. So würden in WBS auch die unterschiedlichen Interessen von »Arbeitnehmern und Arbeitgebern« sowie Steuern und staatliche Leistungen Berücksichtigung finden, dazu noch die Berufswahl der Schüler. Weniger begeistert ist man beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Der schreibt sich zwar auf die Fahnen, den Prozess »aktiv begleitet« zu haben, ist allerdings mit seiner Forderung nach einem integrierten Fach »Politik und Wirtschaft« abgeblitzt. Als der fragliche Bildungsplan vor zwei Jahren beraten wurde, versicherte Ex-Bezirkschef Nikolaus Landgraf gleichwohl, »keine Fundamentalopposition« zu betreiben. Hätte er das mal lieber gemacht.